

Inhalt

Einführung	
Kurswechsel!	
<i>Damit die Deutschen nicht weiterhin unter ihren Möglichkeiten bleiben</i>	3
Erster Teil:	
Die Wachstums- und Konsolidierungsanleihe:	
<i>Ein neuer Weg staatlicher Kapitalbeschaffung</i>	9
I. Die Ökonomie von Wachstums- und Konsolidierungsanleihen	11
1. Wirtschaftliche Vorüberlegungen	11
2. Besonderheiten von Wandelschuldverschreibungen im Verhältnis zu einfachen Renten und Kaufoptionen	14
II. Aktienrechtliche Grundlagen	17
1. Begriffsklärung	17
a) Wandelanleihen	18
b) Optionsanleihen	19
2. Die rechtliche Realisierung der Options-, Tausch- und Wandelrechte	19
III. Die Zulässigkeit und das Nutzungspotential von Wandelschuldverschreibungen für die Finanzierung staatlicher Investitionen	20

1. Die Legalität der Emission von Wandelschuldverschreibungen durch die öffentliche Hand	24
a) Die Vereinbarkeit mit dem öffentlichen Recht im allgemeinen und mit dem Haushaltsrecht im besonderen	32
b) Die Anwendbarkeit des Aktienrechts im allgemeinen und von § 221 AktG im besonderen	36
2. Die finanzwirtschaftliche Signifikanz öffentlich-rechtlich veranlaßter Wandelschuldverschreibungen	45
Zweiter Teil:	
Moderne Kapitalbeschaffung und Staatsfinanzrecht <i>Bestandsaufnahme und Reformperspektive</i>	49
I. Über die Entwicklung der Staatsverschuldung und die Untauglichkeit der Versuche ihrer Bändigung durch das Recht	51
II. Die Erklärung der ungebändigten Staatsverschuldung aus der Rolle des Staates	54
1. Der Sozial- und Abgabenstaat als <i>Leviathan</i> ?	55
2. Die Verfassungspraxis in Deutschland	57
III. Die immanenten Grenzen finanzverfassungsrechtlicher Normen	60
1. Das Spannungsverhältnis von Normativem und Faktischem als natürlicher Reflex staatlicher Haushaltswirtschaft	61
2. Die normative Ergänzung zwecks Nutzung von Wandelschuldverschreibungen	63

IV. Ausblick auf eine Reform des Staatsfinanzrechts: Wer ist als Hüter staatlicher Solvabilität geeignet?	68
1. Grenzen und Möglichkeiten	68
2. Der institutionelle Reformansatz: Ein gesamtstaatlicher Rechnungshof prüft die öffentliche Finanzwirtschaft, sanktioniert Rechtsverstöße und wird so zum Bewahrer der inneren Souveränität des Staates	73
a) Rechnungshofkompetenzen <i>de lege lata</i>	74
b) Rechnungshofkompetenzen <i>de lege ferenda</i>	77

Dritter Teil:

Das politische Programm

<i>Ein Maßnahmenpaket für Wachstum & Reformen</i>	89
---	----

I. Die Investitionsbedingungen der Unternehmen radikal verbessern und die Unternehmensbesteuerung neu ausrichten	91
1. Halber Steuersatz für investiv verwandte Gewinne	92
2. Erweiterung des § 6 b EStG für Anteilsbesitz	93
3. Subventionsabbau	94
4. Sonderregelungen für Problemfelder	94
a) Unternehmensneugründungen in Ostdeutschland	94
b) Nachfolgeregelungen unter Beteiligung des Managements	95
c) Rücklagenbildung für Forschung & Entwicklung	95

d) Steuerfreie Leistungen an Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaften	96
II. Das industrielle Wachstum gezielt und nachhaltig anregen	96
1. Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Verkehrslogistik	97
2. Umweltlasten	98
3. Wasserver- und Abwasserentsorgung	99
4. Telekommunikationstechnik	100
5. Wohnungsbau	100
6. Sonderprogramme für Zukunftsindustrien	103
III. Die Investitionen der öffentlichen Hand steigern, ihre Vermögensreserven mobilisieren und die Verschuldungsdynamik brechen	103
1. Konsolidierung und finanzpolitische Handlungsfähigkeit	103
2. Die Wandelschuldverschreibung als Privatisierungskatalysator und Finanzierungsinstrument	105
3. Der Umfang staatlicher Vermögensreserven	107
4. Das Zusammenwirken von Bund und Ländern	108
IV. Deregulierung des Arbeitsmarktes und Privatisierung der Bundesanstalt für Arbeit	109
1. Die Änderung der Zumutbarkeitskriterien	109
2. Die Sozialabgaben für gering qualifizierte Arbeitnehmer halbieren	110
3. Wettbewerb zwischen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen	111

4. Die Schaffung von Lehrstellen steuerlich fördern	111
5. Die Bundesanstalt für Arbeit privatisieren	111
Literaturverzeichnis	113